

und damit zu verstärkten politischen und militärischen Aggressionshandlungen des Imperialismus führt.

Die Übereinstimmung der politischen Ansichten der SED und der KPdSU zeigt sich auch in der Gleichheit der politischen Einschätzung, wonach sich das Kräfteverhältnis in der Welt in keiner Weise zugunsten des Imperialismus verändert hat, daß der Imperialismus aggressiver, aber nicht stärker geworden ist.

Die SED billigt vollkommen die Schlußfolgerungen der KPdSU in bezug auf die wachsende Rolle des sozialistischen Weltsystems, über die Notwendigkeit der Festigung der Einheit und der Mehrung der ökonomischen, politischen und militärischen Macht der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten. Die SED unterstreicht die überaus bedeutsame Feststellung des XXIII. Parteitages der KPdSU, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder des Sozialismus eine neue Stufe erreicht hat. Dies weist dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe objektiv die höhere Aufgabe zu, durch rationelle Abstimmung der Volkswirtschaftspläne, durch die Konzentration der Kräfte auf die Lösung entscheidender Aufgaben von Forschung, Entwicklung und Produktion in den ausschlaggebenden Wirtschaftszweigen mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution unserer Zeit Schritt zu halten und im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus schneller voranzukommen. Auf diese Weise können die sozialistischen Länder allseitig die Überlegenheit im Tempo der ökonomischen Entwicklung beibehalten und verstärken und die Vorzüge der sozialistischen Produktionsweise gemäß den nationalen und internationalen Interessen der sozialistischen Länder nutzen.

Die Beschlüsse des XXIII. Parteitages über die weitere Festigung des sozialistischen Verteidigungsbündnisses der Staaten des Warschauer Vertrages entsprechen den Lebensinteressen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sicherung des Friedens in Europa. Angesichts der Zuspitzung der internationalen Lage und der Zunahme der Kriegsgefahr empfindet die SED um so tiefer die Verpflichtung, die notwendigen politisch-moralischen und materiellen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungskraft des ersten deutschen Friedensstaates stets auf dem erforderlichen Niveau zu halten.

In diesem Zusammenhang lenkt die SED die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz und des patriotisch gesinnten Bürgertums in Westdeutschland auf die ernste Feststellung im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, wonach Westdeutschland infolge der aggressiven Politik der imperialistischen Kräfte und der Herausbildung der Achse Washington-Bonn heute zum zweiten Herd der Kriegsgefahr in der Welt nächst Vietnam geworden ist. Die nachdrücklichen Warnungen des XXIII. Parteitages der KPdSU an die Adresse Westdeutschlands, vor allem seiner herrschenden Kreise, sollten von allen Bürgern der westdeutschen Bundesrepublik beherzigt werden. Diese Warnungen wurden notwendig, weil die Bonner Regierung die Revanchepolitik und das Wettrüsten in außerordentlicher Weise verschärft. Darüber lassen sich die Völker auch nicht durch die von der Bonner Diplomatie in jüngster Zeit betriebene Friedensdemagogie täuschen. Die Sowjetunion, die durch Beziehungen enger Freundschaft und brüderlicher Zusammenarbeit mit der DDR verbündet ist, wünscht auch normale sachliche Beziehungen zu Westdeutschland. Der XXIII. Parteitag der KPdSU hat keinen Zweifel daran gelassen, daß es jetzt Sache der westdeutschen Regierung ist, die abenteuerliche Revanchepolitik aufzugeben und durch Taten einen Beitrag zum Frieden zu leisten.

Das Zentralkomitee der SED appelliert an die friedliebende Bevölkerung Westdeutschlands, in ihrem ureigensten Interesse die ernststen Warnungen



*Menschen, die das große Werk des kommunistischen Aufbaus vollenden helfen: Baggerführer Anatoli Schpak war Delegierter des XXIII. Parteitages. Seine Brigade hat seit 1957 die Arbeitsproduktivität um das Vierfache erhöht.*

Foto: ZB/TASS